12 / 2013 www.SBL2013.de 20.09.13
infoservice

Vertraut.
www.SBL2013.de
Sabine

Sabines Klartext

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkämpfer !

So langsam knistert die Luft. Übermorgen wissen wir, wie die Wählerinnen und Wähler abgestimmt haben und welche Parteien die nächste Regierung stellen. Heute wissen wir schon, dass es noch sehr viele Unentschlossene gibt.
Ich lade euch ein, mit mir und meinem Team zusammen die letzten Kräfte noch zu mobilisieren, um am Sonntagabend das Ziel als Sieger zu erreichen. Wir wollen diese Regierung ablösen. Und das hat sie auch verdient. Vier lange Jahre hat sich in Deutschland viel zu wenig bewegt. Wir haben wichtige Projekte vorbereitet, die wir schon unmittelbar nach der Wahl umsetzen können. Helft mit, dass wir unser Land wieder gerechter machen können. Gemeinsam schicken wir schwarz/gelb nach Hause.
Ich würde mich freuen, wenn ich viele von euch am Sonntagabend ab 17.30 Uhr auf der Wahlparty im Jugend- und Kulturhaus in Oberhonnefeld- Gierenderhöhe sehen würde, damit wir dort zusammen feiern können.
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

www.twitter.com/Sabine_Baetzing
www.facebook.com/SBL.SPD

Topthema

Vermögensverteilung – Wir werden es gerechter machen!

Seit mehr als 20 Jahren öffnet sich in Deutschland und Europa die Schere bei den Einkommen und Vermögen immer weiter. Die Reallöhne stagnieren und der Niedriglohnsektor wächst, während sich Spitzeneinkommen und Vermögen immer mehr konzentrieren und vermehren. Ohne das drastische Absinken der Lohnquote hätte jeder Arbeitnehmer im Durchschnitt heute über 230 Euro Brutto mehr im Monat als 2001.
Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn mit regelmäßiger Anpassung und eine Stärkung von Flächentarifverträgen sind wichtige Voraussetzungen für faire Löhne. Gleichzeitig brauchen wir gründliche Reformen bei der Altersversorgung, bei Gesundheit und Pflege, also Schritte zur Bürger- und Erwerbstätigenversicherung.
Das Rentenniveau darf nicht weiter sinken. Ein gerechteres Steuersystem muss Spitzeneinkommen und Millionenvermögen wieder stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls heranziehen. Wir brauchen dringend mehr Geld für Bildung, Infrastruktur, Kommunen und müssen Schulden abbauen. Dazu gehört Steuerbetrug und -vermeidung, vor allem durch Großkonzerne, wirksam zu bekämpfen und alle Steueroasen austrocknen.
Europas neoliberale Regierungen unter Führung von Angela Merkel und die EU-Troika, der jede demokratische Legitimation fehlt, wollen die Finanzmarktkrise benutzen, um Löhne zu senken, die Gewerkschaften systematisch zu schwächen, die Haushalte der Krisenländer weiter auszubluten, Steuersünder weiter zu schonen und die Sozialsysteme massiv einzuschränken.
Weitere Privatisierungsorgien sollen neue Geldanlagemöglichkeiten für Finanzanleger schaffen. „UmFAIRteilen“ bedeutet also auch eine Wende in der europäischen Wirtschaftspolitik. Die Großdemonstration in Bochum und die Menschenkette in Berlin am letzten Samstag haben das gezeigt. Wirtschaftliche Dynamik, mehr private und öffentliche Investitionen und damit die dringend nötigen Wachstumsimpulse wird es nur mit einer Stärkung der Masseneinkommen und der Binnennachfrage geben. Die letzten Jahre haben die These dass höhere Gewinne und private Vermögen zu mehr Investitionen führen, gründlich widerlegt. Wir werden die Verhältnisse ändern!

Finanzen

Brandbriefe – Gemeinnützige Organisationen im Visier!

Es ist unglaublich. Die Familienunternehmer haben gemeinnützige Organisationen angeschrieben. Sie drohen offen damit, ihre Spendenbereitschaft zu überdenken. Die Angstmacher-Kampagne der Familienunternehmer gegen die Vermögenssteuerpläne der SPD beziehungsweise ähnliche Pläne der Grünen erreicht damit einen neuen Höhepunkt.
Die Familienunternehmer drohen offen mit der Einstellung ihrer gemeinnützigen Spenden und versuchen so, den Deutschen Olympischen Sportbund, den Bundesverband Deutscher Stiftungen und andere für ihre höchst parteiliche und peinliche Kampagne zugunsten von FDP und CDU einzuspannen.
Das ist schäbig und schadet der Zivilgesellschaft in Deutschland. Offensichtlich ist den Familienunternehmern ihre Spendentätigkeit doch nicht so wichtig, wie sie immer tun.
Für die zugrundeliegenden Horror-Rechnungen der Familienunternehmer gibt es keine reale Basis. Wir werden keine Vermögensteuer einführen, die die Eigenkapitalbildung und die Investitionsbereitschaft in Unternehmen einschränkt.
Das ignorieren die Familienunternehmer nur aus einem Grund: Sie fürchten in Wirklichkeit um die Teile ihrer Privatvermögen, die sie nicht ihren Betrieben zur Verfügung stellen – und machen deshalb Wahlkampf für Rösler und Merkel.

Europa

Europagegner Bundesregierung - Entlarvt!

Sollte bei der Bundestagswahl am Sonntag die rechtspopulistische Alternative für Deutschland die Fünf-Prozent-Hürde überspringen, würden CDU/CSU und FDP gegebenenfalls, um ihre politische Macht zu sichern, ohne zu zögern mit der europafeindlichen Alternative für Deutschland (AfD) koalieren. Zwei aktuelle Belege hierzu: Kanzlerin Merkel erklärt zur EU, dass die Zukunft intergouvernemental sei. Übersetzt bedeutet das weniger Gemeinschaft, mehr Regierungshandeln.

22

EUROPA

EUROPA BEFINDET SICH IN EINER SCHWEREN KRISE. INS STRUDELN GERATENE BANKEN, TIEF VERSCHULDETE STAATEN UND HOHE JUGENDARBEITSLOSIGKEIT ZWINGEN EUROPA ZUM HANDELN. WIR MÜSSEN ALLE KRÄFTE BÜNDELN, UM DAS EUROPÄISCHE PROJEKT ZU RETTEN.

WAS WIR WOLLEN

- Wir werden über die Finanztransaktionssteuer die **Krisenverursacher** endlich **an den Kosten der Krise beteiligen.**
- Der europäische Markt braucht **neue Impulse** für nachhaltiges Wachstum.
- Verbindliche Steuer-Mindeststandards sichern einen fairen Wett bewerb im Binnenmarkt. Wir wollen eine **gerechte Besteuerung von Vermögen** in Europa.

MANCHE BEHAUPTEN...

.. wir sollten aus dem Euro austeigen. **Das ist falsch!** Deutschland profitiert als exportorientierte Volkswirtschaft vom europäischen Binnenmarkt. Wer die D-Mark wieder einführen will, gefährdet Millionen Arbeitsplätze.

KONKRET HEIßT DAS...

.. in über 11 Ländern liegt die Jugendarbeitslosigkeit über 25 Prozent, in Griechenland und Spanien sogar über 50 Prozent. Mehr als 1.200 Milliarden Euro waren die Banken wert. Nun sollen 6 Milliarden Euro die Jugendlichen retten. **Was für eine Bilanz!** Wir fordern mindestens 21 Milliarden Euro für Sofortmaßnahmen und ein Sofortprogramm, dass 500.000 Arbeitsplätze schafft.

MEHR GUTE ARGUMENTE

- Wir werden die europäische Demokratie stärken, vor allem das Europäische Parlament. Deshalb treten wir auch zur nächsten Europawahl mit einem gemeinsamen **Spitzenkandidaten** aller europäischen Sozialdemokraten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten an.
- Wir werden existenzsichernde **Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedstaaten** einführen, gemessen am jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommen.
- Wir brauchen **soziale Mindeststandards** gegen den schädlichen Wettbewerb um die niedrigsten sozialen Rechte und Standards.

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT *IN EU-MITGLIEDSSTAATEN*

Quelle: Eurostat

Die FDP fordert in ihrem Wahlprogramm die Auflösung des EURO-Schutzschirmes ESM.
Mit diesen beiden Positionen wird ein deutliches Signal in Richtung AfD gesandt: Seht her auch die jetzige Bundesregierung will weniger Europa. Nicht übersehen werden darf hierbei, dass immerhin auch 80 Prozent der Mitglieder der Europa-skeptischen AfD aus dem rechten Spektrum von CDU und FDP stammen.

Eine derartige Koalition mit Rechtspopulisten auf Bundesebene würde das Europabild, das von Deutschland ausgeht, grundsätzlich infrage stellen. Es wäre zugleich nach Hamburg 2001 – Koalition zwischen der CDU und der rechtspopulistischen Schill-Partei – ein weiterer Beweis dafür, dass den Christdemokraten Machterhalt und Parteiinteresse näher stehen als das Wohl des Landes.

International

Rüstungsexporte – Das kann so nicht weitergehen!

Wenige Tage vor der Bundestagswahl entdeckt Außenminister Westerwelle seine Sympathie für restriktive Rüstungsexportrichtlinien. Dies ist an Scheinheiligkeit nicht mehr zu überbieten.

Vier Jahre lang hat die schwarz-gelbe Koalition die einst von Rot-Grün beschlossenen restriktiven Regelungen systematisch aufgeweicht und Jahr für Jahr mehr Genehmigungen für Lieferungen in Spannungsgebiete erteilt.

Mit der sogenannten „Merkel-Doktrin“, die von Westerwelle nie infrage gestellt wurde, hat Deutschland mit der jahrzehntelang geübten Praxis einer zurückhaltenden Rüstungsexportpolitik gebrochen. Wir haben frühzeitig Vorschläge unterbreitet, um diese Tendenz zu stoppen und künftig den Bundestag rechtzeitig und stärker als bislang in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Alle Vorschläge wurden von der schwarz-gelben Koalition abgelehnt.

Wenn Westerwelle sich jetzt als Anwalt einer „Kultur der Zurückhaltung“ präsentiert, ist dies nur als letzter verzweifelter Akt beim Versuch zu deuten, der FDP am kommenden Sonntag über die 5-Prozent-Hürde zu helfen und dabei seinen eigenen Job zu retten.

Doch die Wählerinnen und Wähler werden einer solch plumpen Inszenierung nicht auf den Leim gehen und stattdessen Westerwelle in den verdienten Vorruhestand schicken.

Termine

21.09.13	**07.00 Uhr**	**Infostände**
	10.30 Uhr	**Kartoffelmarkt Steimel**
	19.00 Uhr	**Oktoberfest Herdorf**
	20.00 Uhr	**Bayrischer Abend Wissen**
22.09.13	**17.30 Uhr**	**Wahlparty Jugend- und Kulturzentrum, Oberhonnefeld- Gierenderhöhe**
23.09.13	*19.00 Uhr*	*Erweiterter Kreisvorstand AK*
24.09.13	*ganztags*	*Berlin*
25.09.13	*ganztags*	*Berlin*
26.09.13	**09.30 Uhr**	**Kinderschutzbund AK**
	19.00 Uhr	*Kreisausschuss NR, Bad Hönningen*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**